

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Digitale Fahrzeugzulassung

2023/282

vom 8. Januar 2025

1. Ausgangslage

Landrätin Christine Frey bittet den Regierungsrat in ihrem Postulat vom Mai 2023 um eine Prüfung, «ob und wie die digitale Fahrzeugzulassung im Baselbiet umgesetzt werden kann» und «welche weiteren Dienstleistungen der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) digitalisiert werden können». Von einer digitalen Fahrzeugzulassung sei man hierzulande «weit entfernt» – dies sei «im Zeitalter der Digitalisierung ein unhaltbarer Zustand», moniert die PostulantIn. Dabei würden die Vorteile einer internetbasierten Lösung auf der Hand liegen: «Die Fahrzeughalter sparen Zeit und sind nicht an die Öffnungszeiten der MFK gebunden, die Behörde reduziert den bürokratischen Aufwand und steigert die Effizienz.»

Die Einführung einer digitalen Fahrzeugzulassung sei in der Schweiz derzeit aufgrund von rechtlichen, technologischen und organisatorischen Gründen nicht möglich, hält der Regierungsrat in seiner Antwort fest. Die komplette digitale Fahrzeugeinlösung sei nur möglich, wenn die Abläufe gesamtschweizerisch vom Bund aus digitalisiert und die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden. Bei der Zulassung der Fahrzeugführerinnen und -führer, so heisst es weiter, habe der Bund nun in einem ersten Schritt ein Pilotprojekt zur Einführung des digitalen Lernfahrausweises gestartet. Als Folgeschritt seien Ausweitungen auf den digitalen Führer- und Fahrzeugausweis geplant.

Zugleich wird betont, dass die MFK «laufend neue Geschäftsprozesse digitalisiert», was den Kundinnen und Kunden Vereinfachungen bringen soll. «Ein Gang zur MFK ist grundsätzlich bereits heute nicht nötig. Alle Geschäftsfälle können entweder auf dem Postweg (Brief oder Email) oder direkt im Internet erledigt werden.» Solange das schweizerische Strassenverkehrsrecht allerdings physische Dokumente zur Führer- und Fahrzeugzulassung verlange, müssten diese der MFK zur Geschäftserledigung vorgelegt werden. Viele Kundinnen und Kunden bevorzugten dabei den derzeit noch schnelleren direkten Gang zur MFK. Auf dieser Ebene soll ein Online-Ticketing-System Verbesserungen bringen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen. Die Geschäftsleitung hat sie am 31. Oktober 2024 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 2. Dezember 2024 beraten, dies im Beisein von Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer und Angela Weirich, Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion. Ivan Golubovic, stv. Leiter der Motorfahrzeugkontrolle, hat das Geschäft fachlich vertreten.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Aus den Reihen der Kommission wurde im Rahmen einer lebhaften Diskussion mehrere spezifische Fragen gestellt, wie die Umtriebe für Fahrzeughalterinnen und -halter und namentlich auch für das einschlägige Gewerbe durch weitere Digitalisierungsschritte verringert werden könnten (etwa betreffend die Ausstellung von Tagesimmatrikulationen). Insgesamt sollen viele Prozesse, die heute noch nicht digital erledigt werden können, künftig entsprechend aufbereitet werden, hielt der MFK-Referent fest und illustrierte dies anhand verschiedener Beispiele (z. B. Ausweitung des bestehenden Chatbots). Auch eine Anbindung des Kundenportals ans BL-Konto ist vorgesehen. Zugleich sollen die Dienstleistungen aber auch künftig physisch am Schalter angeboten werden, sodass auch digital weniger affine Personen keine Nachteile erleiden.

Bilanzierend wurde festgestellt, dass die Kommission erschöpfend und präzise Auskunft erhalten hat. Für die weitere Umsetzung einer durchgängigen Digitalisierung der Fahrzeugzulassungen fehlten im Moment aber noch die gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene. Die MFK, so wurde betont, sei aber im Digitalisierungsprozess sehr aktiv, wie auch verschiedene Aussagen des MFK-Vertreterers gezeigt hätten.

3. Beschluss der Kommission

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beschliesst mit 12:0 Stimmen ohne Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

08.01.2025 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Dominique Erhart, Präsident

Beilagen

keine